

Mehr Lebenschancen für mehr Menschen

WARUM WIR DEN SOZIALSTAAT FÜR DAS
21. JAHRHUNDERT NEU FORMIEREN MÜSSEN
VON **MATTHIAS PLATZECK** UND **JENS BULLERJAHN**

Die SPD wird, ihr Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1989 erneuern. Das ist dringend nötig. Das vorerst noch gültige *Berliner Programm*, entwickelt und geschrieben in der westdeutschen Bundesrepublik unter dem Eindruck des Kalten Krieges, reicht als Navigationssystem für sozialdemokratisches Handeln im 21. Jahrhundert bei weitem nicht mehr aus. Seit dem Mauerfall und der deutschen Vereinigung haben sich nicht nur Deutschland und Europa fundamental verändert; tatsächlich leben wir heute in einer neuen Welt – politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich.

Dass ein Grundsatzprogramm aus dem 20. Jahrhundert auf viele der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts keine überzeugenden Antworten mehr geben kann, ist wenig überraschend. Immerhin jedoch: Einen auch für unsere Zeit wichtige und richtige Einsicht enthielt, wenn auch versteckt und allzu vorsichtig formuliert, bereits das *Berliner Programm*: „Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen

einspringen, sondern vorausschauend gestalten“.

Traditionelles Versprechen erneuern

Vorausschauende Gestaltung – genau darauf kommt es an, wenn sozialdemokratische Politik auch im 21. Jahrhundert ihr traditionelles Versprechen erfolgreich erneuern will, systematisch immer mehr Menschen bessere Lebenschancen zu eröffnen: die Chance zur Teilhabe an unserer Gesellschaft, die Befähigung und handfeste Möglichkeit, eigene Lebenspläne zu verwirklichen. Dieser offensive Anspruch, Menschen zu stärken und ihnen neue Wege zu selbst verantwortetem Leben zu eröffnen, muss nach unserer Überzeugung als zentrale Messlatte für den Erfolg sozialdemokratischer Politik im 21. Jahrhundert gelten. Deshalb ist die im *Berliner Programm* vorerst nur zögerlich formulierte Absicht, nicht nur bereits eingetretene soziale Schadensfälle zu „reparieren“, sondern einzelne

Menschen und die gesamte Gesellschaft vorbeugend zu stärken, heute wichtiger denn je.

Nachträgliches Reparieren stand im Mittelpunkt

Allerdings müssen wir uns heute durchaus selbstkritisch fragen, in welchem Umfang die deutsche Sozialdemokratie diesem Anspruch in den vergangenen zwei Jahrzehnten gerecht geworden ist. Die Antwort fällt unbefriedigend aus. Die jüngsten Debatten über sozialen Ausschluss und das Problem der langfristigen Verfestigung einer neuen – keineswegs nur materiellen – Armut belegen, dass wir bestimmte Herausforderungen deutlich weniger gut bewältigt haben als manche unserer europäischen Nachbarn. Einzuräumen ist, dass die SPD (ebenso übrigens wie andere deutsche Parteien) das Ziel der vorausschauenden Vermehrung von Lebenschancen in der politischen Wirklichkeit nicht wichtig genug genommen hat. Um es zuzuspitzen: Wir haben uns in Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich zu stark auf das nacheilende Reparieren und Einspringen in Notfällen konzentriert.

Die Ergebnisse dieser Politik sind alles andere als ermutigend. Gemessen an seinen hohen Kosten ermöglicht unser bisheriges Sozialmodell ganz einfach nicht genug neue Lebenschancen,

zu wenige Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs, nicht genug soziale Inklusion, gesellschaftliche Durchlässigkeit und aktive Beteiligung. Zu Recht hat Kurt Beck unlängst darauf hingewiesen, dass in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten ein strukturell verfestigtes neues Unten entstanden ist. Zu diesem Befund kommen seriöse Sozialwissenschaftler und Publizisten seit langem. Wir müssen konstatieren: Unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts bietet der nachsorgende und überwiegend beitragsfinanzierte Sozialstaat bismarckscher Prägung keine sozialdemokratischen Perspektiven mehr. Wir haben keinen guten Grund, nostalgisch weiter an ihm festzuhalten.

Mangelhafte Resultate des Sozialstaats

In unserem künftigen Grundsatzprogramm müssen wir deshalb die genannte Formulierung des *Berliner Programms* sehr energisch und unmissverständlich vom Kopf auf die Füße stellen. Lauten könnte dies etwa so: „Alle sozialdemokratische Politik verfolgt das unbedingte Ziel, wo immer möglich vorausschauend mehr Lebenschancen für mehr Menschen zu schaffen; nur in denjenigen Notfällen, in denen sich dies als unmöglich erweist, muss Sozialpolitik nachträglich einspringen.“

Im Vergleich mit anderen Sozialstaaten, besonders im Norden und im Westen von Europa, die sich seit Jahren dynamisch auf die neuen Bedingungen einstellen, weist Deutschland heute auf verschiedenen Feldern äußerst mangelhafte Resultate auf. Besorgnis erregend hoch ist in unserem Land besonders die Armutsquote; gerade Kinder und Jugendliche sowie allein erziehende Eltern sind in Deutschland überproportional und in weiter zunehmendem Maße von Armut betroffen. Dies ist umso schädlicher für unsere Gesellschaft, als materielle Not in frühen Lebensabschnitten allzu oft Bildungsdefizite und damit dauerhaft prekäre Erwerbsbiografien nach sich zieht.

Teufelskreis aus Armut, Bildung und Sozialtransfer

Kaum etwas ist für die soziale und wirtschaftliche Zukunft unseres Landes insgesamt so wichtig, wie das Durchbrechen des Teufelskreises aus Armut, mangelnder Bildung, schlechten Erwerbschancen, Sozialtransferkarrieren – und erneut schlechten Zukunftschancen in der nächsten Generation. Die katastrophalen Folgen zu geringer sozialer Investitionen in die Zukunft von Kindern und Jugendlichen sind auch durch noch so hohe spätere Sozialtransfers niemals wieder wirklich zu „reparieren“. Der „reparie-

rende“ und nachsorgende Sozialstaat wird mit den Aufgaben des 21. Jahrhunderts nicht mehr fertig.

Fähigkeit zum Lernen ist unverzichtbar

Dass die Bildungschancen von Kindern heute in der entwickelten Welt kaum irgendwo so sehr von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft abhängen wie in Deutschland, ist aber nicht nur unter dem Gesichtspunkt individueller Lebenschancen ein gesellschaftliches Debakel. Vielmehr grenzt es auch an volkswirtschaftliche Selbstverstümmelung, sollten wir es weiterhin zulassen, dass in Deutschland zehn Prozent aller Jugendlichen die Schule ohne jeden Abschluss verlassen; dass bei uns nur etwa jedes zehnte Kind aus einer Arbeiterfamilie überhaupt ein Hochschulstudium aufnimmt; oder dass der Anteil der gering qualifizierten und langfristig erwerbslosen Menschen in Deutschland höher als in jedem vergleichbaren Land Europas liegt.

Längst herrscht Konsens unter allen deutschen und internationalen Experten: Die Fähigkeit und Notwendigkeit zum Lernen und zur Weiterbildung ist in der wissensintensiven Wirtschaft des 21. Jahrhunderts unverzichtbarer geworden denn je. Und dabei kommt es auf den Anfang an, die in den allerersten Lebensjahren erworbenen kognitiven Kompetenzen sind entscheidend.

Wir sind in Deutschland zu Recht stolz darauf, „Exportweltmeister“ zu sein. Wollen wir auch in den kommenden Jahrzehnten ein Land mit dynamischer, produktiver Wirtschaft sowie hoher Wertschöpfung bleiben, dann müssen wir aus dem engen Zusammenhang zwischen Bildung und Wirtschaft endlich klare Konsequenzen ziehen.

Kein Kind zurücklassen

Dabei muss das glasklare Gebot gelten, dass wir eine hervorragende Bildung für alle brauchen. Die Potentiale und Begabungen der Menschen sind unterschiedlich – aber jeder einzelne Mensch hat Potentiale und Begabungen. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auch nur ein Kind zurückzulassen. Alle Bildungspotentiale müssen ausgeschöpft werden. Es ist grotesk: Deutschland altert und seine Bevölkerung schrumpft, doch mit den kostbarsten überhaupt vorhandenen Potentialen unsers Landes gehen wir noch immer höchst verschwenderisch um. Wir nehmen es – ob aus Gleichgültigkeit, aus Gedankenlosigkeit oder aus borniertem Dünkel – noch immer hin, dass viele Jugendliche und junge Erwachsene in unserem Land zu dem Eindruck gelangen müssen, sie würden im Grunde nicht gebraucht. Dabei wird jedes heutige Kind, jeder einzelne junge Mensch in Zukunft als produktive Arbeitskraft, als Steuer- und

Beitragszahler sowie als aktiver Bürger unserer Demokratie ganz dringend benötigt. Der Wohlstand und das Funktionieren unseres Landes hängen davon ab. Wer immer in den kommenden Jahrzehnten in Deutschland eine Rente beziehen will, muss ein dringendes Interesse an der hervorragenden Bildung aller Kinder und Jugendlichen haben, die hier aufwachsen.

Noch immer geht in unserer Gesellschaft die Vorstellung um, Deutschland gehe die Arbeit aus – ein Fehlschluss, der auch das *Berliner Programm* der SPD durchzog. In fast allen unserer west- und nordeuropäischen Nachbarländer erlebt man aber das glatte Gegenteil.

Fachkräfte werden Mangelware

Und schon heute suchen in Ostdeutschland Unternehmen und ganze Branchen intensiv und teilweise vergeblich nach ausgebildeten Fachkräften – bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit. Richtig ist: Auch in Zukunft werden gering qualifizierte Arbeitskräfte in dem Maße weiter unter Druck geraten, wie die Potentiale wissensintensiver Arbeit in Deutschland nicht energisch genug genutzt werden. Investitionen in mehr Bildung für mehr Menschen in Deutschland sind damit zugleich unbedingte Voraussetzung für eine dynamische Ökonomie mit hoher Wertschöpfung; umgekehrt schafft

überhaupt erst eine dynamische Wirtschaft die Voraussetzungen dafür, dass auch Menschen mit geringer Qualifikation zunehmend wieder die Chance erhalten, einem Beruf nachzugehen.

Sozialstaat und Wirtschaft beflügeln einander

Mehr Bildung für alle und mehr Arbeit für alle – beides bedingt einander und beflügelt sich gegenseitig. Vorsorgender Sozialstaat und funktionierende Ökonomie sind zwei Seiten derselben Medaille. Wer eine prosperierende Wirtschaft will, muss unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts vernünftigerweise zugleich einen Sozialstaat befürworten, der systematisch in Menschen und soziale Infrastruktur investiert. Nur auf einem insgesamt höheren Bildungspfad wird Deutschland auch wieder ein höheres Wachstum und mehr Beschäftigung erreichen. Deshalb führt die in Deutschland noch immer gängige Auseinandersetzung zwischen den Verfechtern des alten, nachsorgenden Sozialstaates und den marktradikalen Gegnern jeglicher Sozialstaatlichkeit in die Irre. Weder die eine noch die andere Seite hat verstanden, wie dringend es heute auf die umfassende Befähigung von Menschen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe ankommt.

In den „Leitsätzen auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm der

SPD“ aus dem Frühjahr 2006 war diese Einsicht sehr deutlich enthalten. Dort heißt es klar und unmissverständlich: „Die neuen sozialen Fragen, vor allem die Bekämpfung neuer Formen von Armut und Ausschluss, lassen sich mit dem Sozialstaat bisheriger Prägung nur noch unzureichend bewältigen. ... Der vorsorgende und in die Menschen investierende Sozialstaat fördert Beschäftigung, setzt auf Gesundheitsprävention und verhindert Armut. Er gestaltet den demografischen Wandel mit den Betroffenen, und er erkennt die existentielle Bedeutung von Bildung für die einzelnen Menschen wie auch für die Zukunft unserer Gesellschaft an.“ Und weiter: „Der Sozialstaat soll die Menschen aktivieren, ihr Leben in eigener Verantwortung zu gestalten. ... Der vorsorgende Sozialstaat ist kein Wachstumshindernis, sondern eine wirtschaftliche Produktivkraft.“

Wir brauchen den zupackenden Staat

Hinter diese zutreffenden Einsichten darf die SPD auf keinen Fall wieder zurückfallen. Die Menschen in Deutschland brauchen einen zupackenden und handlungsfähigen Staat – und sie wollen ihn auch. Mit dem Prinzip des vorsorgenden Sozialstaates besitzt die SPD ein zukunftstaugliches und überzeugendes Leitbild für die kommenden Jahr-

zehnte. Keinesfalls dürfen wir zulassen, dass der zeitgemäße Gedanke der sozialen Vorsorge aufgeweicht und uminterpretiert wird: Der vorsorgende Sozialstaat ist etwas grundsätzlich anderes als ein materiell versorgender oder fürsorglicher Sozialstaat. Und wir müssen uns klipp und klar zu dem Satz bekennen: Die Qualität moderner Sozialstaatlich-

keit bemisst sich nicht an der Höhe der umverteilten Transferleistungen. Ob der Sozialstaat die Menschen in unserem Land systematisch dabei unterstützt, ihr Leben selbst verantwortet und nach ihren eigenen Wünschen leben zu können – das ist das entscheidende Prüfkriterium für soziale Demokratie im 21. Jahrhundert. ■

MATTHIAS PLATZECK

ist Ministerpräsident des Landes Brandenburg
und Landesvorsitzender der SPD.

JENS BULLERJAHN

ist Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident des
Landes Sachsen-Anhalt sowie stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD.